

dialog

4

S.1 Topthema

S.2 Aus den Kommunen

S.3 Forschung & Technik | Recht & Politik

S.4 Service

Erstes Monitoring der Verbändevereinbarung

Studie belegt: Zusammenarbeit deutlich verbessert

Neu
E-Mail-Newsletter
Kontakt: newsletter@izmf.de



Die Zusammenarbeit zwischen den Mobilfunknetzbetreibern und den Kommunen beim Ausbau der Mobilfunknetze hat sich spürbar verbessert. Zu diesem Ergebnis kommt die repräsentative Studie „Verbesserung der Kooperation mit den Kommunen beim Aufbau von Mobilfunknetzen“ des Deutschen Institut für Urbanistik (Difu), die im März vorgestellt wurde. Ziel dieser Studie war es, die Umsetzung der zwischen den kommunalen Spitzenverbänden und den Mobilfunknetzbetreibern im Jahr 2001 getroffenen Verbändevereinbarung zu überprüfen. Dies hatten die Mobilfunknetzbetreiber in ihrer Selbstverpflichtung der Bundesregierung im Dezember 2001 zugesagt. Für die Erhebung wurden alle Städte mit mehr als 50.000 Einwohnern befragt, in kleineren Gemeinden und Landkreisen wurden die Daten anhand von repräsentativen Stichproben ermittelt.

Dagmar Wiebusch, Geschäftsführerin des Informationszentrums Mobilfunk, das die Studie in Auftrag gegeben hat, resümiert: „Der Informationsaustausch und die Beteiligung der Kommunen haben sich spürbar verbessert. Es ist gelungen, Konfliktpotenziale bei der Suche nach Antennenstandorten abzubauen“.

Hier die wichtigsten Ergebnisse der Difu-Studie in der Zusammenfassung:

Jeweils mehr als zwei Drittel sehen die Verbändevereinbarung als eine Verbesserung gegenüber der Situation vorher.

Beide Seiten sehen in der Informationsbereitstellung durch die Netzbetreiber und bei der Berücksichtigung der kommunalen

Interessen Verbesserungen gegenüber der Situation vor der Vereinbarung.

Die Zahl der Konflikte bei den Standortverfahren ist gering. Mehr als drei Viertel der Befragten bei den Gemeinden und den Betreibern gaben an, dass es selten oder nie Konflikte gebe.

Zugleich wiesen die Beteiligten in der repräsentativen Erhebung auf noch bestehenden Handlungsbedarf hin. So müsse die Informationsarbeit der Netzbetreiber insbesondere gegenüber kleineren Gemeinden und die Transparenz und Handhabbarkeit der vereinbarten Verfahrensabläufe noch verbessert werden.

Das Informationszentrum Mobilfunk empfiehlt den kommunalen Spitzenverbänden, den Kommunen zu einzelnen Punkten der Verbändevereinbarung ergänzende Handlungsempfehlungen zur Verfügung zu stellen: „Das Informationszentrum Mobilfunk wird in Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden zusätzliches Material entwickeln, das besonders auf den Informationsbedarf der Kommunen zugeschnitten ist“, erklärte Wiebusch.

Die vom Informationszentrum Mobilfunk im Herbst vergangenen Jahres in Auftrag gegebene Untersuchung wurde von den kommunalen Spitzenverbänden unterstützt. Die Beteiligung an der Umfrage war bei größeren Städten besonders hoch und lag bei 60-90 Prozent, die der Gemeinden erreichte durchschnittlich 52 Prozent.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Leserinnen und Leser,

hat sich die 2001 getroffene Vereinbarung zwischen den Mobilfunknetzbetreibern und den kommunalen Spitzenverbänden bewährt? Dazu hat das „Deutsche Institut für Urbanistik“ eine repräsentative Erhebung durchgeführt. Die Ergebnisse liegen jetzt vor, das Fazit ist überaus erfreulich und zeigt, dass die Abstimmung bei der Suche nach geeigneten Standorten auf gutem Wege ist.

Vertrauensvolle Zusammenarbeit und effektive Informationspolitik führen zum Erfolg, so belegt ein Beispiel aus der Praxis. Im hessischen Hünfeld, wo zeitweilig die gesamte Mobilfunkzukunft auf dem Spiel stand, führte das gemeinsame Engagement von Bürgerschaft und Netzbetreibern zur Wende: Die Gemeinde wird ab 2004 UMTS-Pionier.

Netzbetreiber und kommunale Spitzenverbände werden Anregungen aus der Difu-Studie aufgreifen und bis zum Sommer Empfehlungen ausarbeiten, um die Zusammenarbeit weiter zu verbessern.

Wir halten Sie auf dem Laufenden!

Dagmar Wiebusch
Geschäftsführerin IZMF

Infos: www.difu.de



Prof. Dr. Dietrich Henckel,
Deutsches Institut für Urbanistik

„Ein wesentlicher Fortschritt!“

Interview mit Prof. Dr. Dietrich Henckel

dialog: Worum geht es in Ihrer Studie „Verbesserung der Kooperation mit den Kommunen beim Aufbau von Mobilfunknetzen“?

Dietrich Henckel: Wir haben erfragt, ob die verabredeten Informationsmaßnahmen und Kooperationen von beiden beteiligten Seiten erfüllt worden sind.

dialog: Mit welchem Ergebnis?

Dietrich Henckel: Mehr als zwei Drittel der Beteiligten sehen die Vereinbarung als Verbesserung gegenüber der Situation vorher. Sowohl von den Kommunen wie den Netzbetreibern wird die Verbändevereinbarung als wesentlicher Fortschritt gesehen.

dialog: Mehr als 75 % der Befragten bei den Gemeinden und den Betreibern gibt an, dass es bei der Standortwahl kaum Konflikte gebe. In der Öffentlichkeit wird das anders wahrgenommen.

Dietrich Henckel: Das hat mit medialer Aufmerksamkeit zu tun. Für die Presse sind spektakuläre Konfliktfälle interessanter.

dialog: Was könnte aus Ihrer Sicht weiter verbessert werden?

Dietrich Henckel: Sinnvoll könnte es sein, Beispiele auszuwerten, bei denen die Zusammenarbeit besonders gut verlaufen ist. Was also waren die Gründe für den Erfolg? Und es wäre genauso sinnvoll, Problemfälle zu analysieren, um Fehler für die Zukunft zu vermeiden.

Standpunkte zum Difu-Gutachten

„Die Vereinbarung hat zur Versachlichung beigetragen“

» Im März 2003 wurden der Öffentlichkeit die Ergebnisse der ersten Umfrage zur Umsetzung der Verbändevereinbarung vorgestellt. Die Überprüfung der Zusammenarbeit war Teil der Selbstverpflichtung der Netzbetreiber gegenüber der Bundesregierung vom Dezember 2001.

Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement und Bundesumweltminister Jürgen Trittin erklärten, der Bericht belege insgesamt, dass die Selbstverpflichtung der Mobilfunkbetreiber erste sichtbare Früchte zeige. Bundeswirtschaftsminister Clement hob dabei hervor, dass beim notwendigen und zügigen Ausbau der Mobilfunknetze bei der Auswahl der Antennen-Standorte die Zahl der Konflikte mit den Städten und Gemeinden deutlich zurückgegangen seien. Bundesumweltminister Trittin wies darauf hin, dass die Information und Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in die Standortauswahl für Mobilfunkantennen weiter verbessert werden könne. Hier seien die Netzbetreiber aber auf dem richtigen Weg.

Klaus Hummel, Geschäftsführer Technik bei T-Mobile, stimmt dem positiven Ergebnis der Difu-Studie zu: „Durch die Intensivierung der Kommunikation wurde die Diskussion versachlicht. Das bestätigen unsere Kollegen vor Ort und auch unsere Ansprechpartner in den Kommunen. Für die Netzbetreiber bedeuten die Abstimmungsprozesse mit den Kommunen einen hohen zusätzlichen Arbeitsaufwand und manchmal auch eine zeitliche Verzögerung beim Netzbau. Das Difu-Gutachten zeigt aber

deutlich, dass unsere Anstrengungen vor Ort erfolgreich sind und wir in den meisten Kommunen auf Verständnis und Kooperationsbereitschaft stoßen.“

Dr. Helmut Fogt vom Deutschen Städtetag sieht die Politik seines Verbandes, die Auswahl neuer Antennenstandorte möglichst einvernehmlich zu regeln, durch diese Studie bestätigt. „Für die kommunalen Spitzenverbände“, so Fogt, „bestätigt das Gutachten insbesondere, dass Fragen des Netzausbaus zwischen Netzbetreibern und Kommunen ohne zusätzliche legislative Vorgaben geregelt werden können.“

Peter te Reh, Hauptreferent Informationstechnologie des Deutschen Städtetages in Köln, ergänzt: „Baurechtliche Urteile erschweren den Ausbau der Mobilfunknetze. Das führt innerhalb der kommunalen Verwaltungen zu Verunsicherungen. Was ist genehmigungspflichtig, was ist nicht genehmigungspflichtig? Umso wichtiger sind Vereinbarungen auf freiwilliger Basis. Denn die Integration von Bürger-, Betreiber- und Kommunalinteressen lassen viele Konflikte gar nicht erst entstehen. Mehr Regulierung bedeutet in der Regel auch mehr Probleme. Aus diesem Grund erscheinen aus der Sicht des Deutschen Städtetages gesetzliche Regelungen, welcher Art auch immer, entbehrlich.“

„Mehr Regulierung bedeutet in der Regel auch mehr Probleme.“

Infos: www.bmu.de/fset1024.php

www.staedtetag.de/10/pressecke/presse-dienst/artikel/2003/03/18/00089/index.html



Rathaus der
Stadt Hünfeld

Standortdiskussion im Konsens beendet

„Wir sind in die UMTS-Offensive gegangen“

» Eigentlich war Hünfeld frühestens 2006 für die UMTS-Versorgung vorgesehen. Doch ein ungewöhnlicher Verlauf der Hünfelder Standortdiskussion wird die Gemeinde nun zum UMTS-Pionier machen.

„Die große Mehrheit der Bevölkerung will das künftige UMTS-Netz nutzen“, sagt Dr. Eberhard Fennel. Fennel ist als Vizepräsident des Hessischen Städtetages mit den Elektrosmog-Kontroversen und der Verbändevereinbarung zum Ausbau der Mobilfunknetze vertraut. Und als Bürgermeister der hessischen Kleinstadt Hünfeld kennt er die Diskussionen um neue Antennenstandorte auch aus seiner Gemeinde. Denn in Hünfeld führte die Planung einer neuen GSM-Mobilfunkstation durch T-Mobile im November 2001 zu Bürger-Demonstrationen. T-Mobile brach nach mehreren Anläufen die Suche nach Alternativstandorten ab und strich im April 2002 den Standort zunächst aus dem Ausbauprogramm.

Bürgermeister Fennel aber wollte sich damit nicht abfinden: „Gegen die Ängste in der Bevölkerung hilft nur Aufklärung. Deshalb sind wir in die UMTS-Offensive gegangen!“ Die Stadt hielt intensiven Kontakt zu T-Mobile, agierte als Vermittler und organisierte persönliche Treffen zwischen allen Beteiligten. Ein T-Mobile-Mitarbeiter erläuterte in gut besuchten Bürgerversammlungen der Öffentlichkeit das geplante Netz. In den zuständigen Gremien erfolgte daraufhin ein Bekenntnis zu UMTS, dem sich die Stadtverordnetenversammlung anschloss. Entsprechend der Vereinbarung

der Mobilfunknetzbetreiber mit den kommunalen Spitzenverbänden wurde der Magistrat beauftragt, nach Prüfung der funkttechnischen und städtebaulichen Eignung gemeinsam mit den Mobilfunknetzbetreibern Standorte zu finden, die die breite Zustimmung der Bürger Hünfelds finden. „Es ist notwendig, den Konsens mit Menschen zu suchen, die der Mobilfunktechnologie mit Skepsis begegnen. Dabei muss aber zugleich bedacht werden, dass es für den Wirtschaftsstandort Hünfeld von elementarer Bedeutung ist, an modernen Telekommunikationstechniken teilhaben zu können“, erklärt Bürgermeister Fennel.

„Gegen die Ängste in der Bevölkerung hilft nur Aufklärung.“

Inzwischen haben T-Mobile und Vodafone bekannt gegeben, dass Hünfeld die notwendige Technik nun bereits 2004 zur Verfügung stehen wird. Peter Schneider, Leiter Technik der T-Mobile Niederlassung Frankfurt, dazu: „Eine Stadt, deren politische Entscheidungsträger sich zum Ausbau der UMTS-Technologie bekennen und die Chancen dieser Technik ergreifen wollen, sollte auch frühzeitig davon profitieren.“

Die Stadt Hünfeld wird diese Entscheidung begrüßt haben. Denn nicht nur die Bürgerinnen und Bürger wollen auf die mobile Kommunikation nicht mehr verzichten. Auch als Standort eines großen Logistikunternehmens mit mehreren Hundert Arbeitsplätzen ist es wichtig, den Anschluss an die moderne Datenkommunikation nicht zu verpassen.

Gericht erlaubt Mobilfunkmast neben Kindergarten

Ein Eilantrag der Stadt Fürth wurde abgewiesen: Eine Mobilfunkstation, die neben zwei Kindergärten steht, sollte vorübergehend nicht mehr betrieben werden dürfen. Doch der Antrag wurde abschlägig beschieden, weil es abwegig sei, dass Mobilfunkmasten in der Nähe von Kindergärten psychische Schäden bei den Kindern verursachen könnten. Nach Ansicht des Gerichts berücksichtigen die gesetzlichen Grenzwerte auch den Schutz von Kindergartenbereichen (Az.: AN 5 S 03.00081).

Genehmigungsfreie Mobilfunkantennen in Baden-Württemberg

Die Landesregierung Baden-Württemberg plant eine Änderung ihrer Landesbauordnung. Für Mobilfunkantennen, die eine Höhe von zehn Metern nicht überschreiten, soll die Baugenehmigungspflicht abgeschafft werden. Sie passt sich damit einer entsprechenden Regelung in Bayern an, nach der kleinformartige Mobilfunkanlagen nicht genehmigungspflichtig sind. Ziel dieser Maßnahme ist die Beschleunigung des Ausbaus der Netze für UMTS. Das bisher übliche Genehmigungsverfahren, so die Begründung des Stuttgarter Wirtschafts- und Staatsministeriums, sei für die Betreiber sehr kostenintensiv und führe darüber hinaus zu Verzögerungen beim Netzausbau (www.baden-wuerttemberg.de/land).

4 Service

Die Einstiegsmaske zur Standortdatenbank der RegTP



» Die Standortdatenbank: Hilfe für Erstanwender

Transparenz in die Diskussion um Antennenstandorte bringt seit Juni 2002 die „Standortdatenbank für Kommunen der Bundesrepublik Deutschland“, die durch die Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post (RegTP) eingerichtet wurde. Sie enthält alle Standorte der rund 51.000 in Betrieb befindlichen Funkanlagen. 32 Regierungsbezirke, 440 kreisfreie Städte bzw. Landkreise und 14.197 Gemeinden haben Zugriff auf die Informationen. Missbräuchliche Nutzung verhindert ein passwortgeschütztes Zugangsberechtigungssystem.

Die Datenbank besteht aus drei Komponenten: Dem Zugangsberechtigungssystem, der Standortadressenliste und den Standortbescheinigungen im PDF-Format. Wer die Datenbank nutzen will, muss sich zunächst auf den Internetseiten der RegTP registrieren sowie seine persönlichen Daten und eine E-Mail-Adresse angeben. Die angegebene Adresse erhält durch die RegTP eine Rückmail. Per herunterzuladendem

Anmeldeformular werden der RegTP dann auf dem Postweg die persönlichen Daten, der entsprechende örtliche Zuständigkeitsbereich sowie eine autorisierte Unterschrift zugeleitet. Erst dann erfolgt die endgültige Freischaltung über die Zusendung eines Passwortes per weiterer E-Mail. Der Nutzer der Datenbank kann nun durch Eingabe von Postleitzahlen seinen Suchbereich selbst bilden.

Aus der Standortbescheinigung kann die Kommune dann folgende Daten entnehmen: die Standortadresse, die Standortbescheinigungsnummer, das Erteilungsdatum, die Art des Funksystems, die Montagehöhe, die Hauptsenderichtung, der bzw. die Sicherheitsabstände und die zuständige Außenstelle der RegTP.

Weitere Informationen zur Nutzung der Datenbank werden auf den Internetseiten der RegTP angeboten:

http://bo2005.regtp.de/Anleitung_zur_Benutzung_der_Datenbank.pdf

» UMTS und WLAN ergänzen sich sinnvoll

Mobile, drahtlose Datenkommunikation war das große Thema auf der zurückliegenden CeBIT. Vor allem die Möglichkeiten des im Aufbau befindlichen UMTS-Netztes standen im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Doch auch ein weiteres Funkverfahren fand große Beachtung: „WLAN“ (Wireless Local Area Network), eine drahtlose, auf kurze Strecken beschränkte Netzwerktechnologie, die schon heute an öffentlichen Plätzen wie Messen, Hotels oder Flughäfen zum Einsatz kommt. So genannte „Hotspots“ ermöglichen die Übertragung von Daten auf mobile Endgeräte wie Laptop

oder PDA. Branchenkenner bewerten beide Funkverfahren als komplementäre Techniken. WLANs ermöglichen - gebunden an einzelne Orte - Übertragungsgeschwindigkeiten mit hoher Bandbreite, während UMTS, das Mobilfunknetz der 3. Generation, für die mobile Datenkommunikation in der Fläche ausgelegt ist. Auch die Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post ist nach eingehender technischer und regulatorischer Analyse zu der Einschätzung gelangt, „dass WLANs keine Konkurrenz für UMTS darstellen, sondern beide Systeme sich auf sinnvolle Weise zum Wohle aller Marktbeteiligten ergänzen.“

Infos: www.regtp.de/reg_tele/start/fs_05.html



Impressum

Herausgeber und verantwortlich für den Inhalt:
Informationszentrum Mobilfunk e.V.

Druck und Vertrieb:
ProPress Verlags GmbH
Am Buschhof 8 | 53227 Bonn

Fotos: IZMF

Erscheinungsweise: 4x jährlich

Kontakt:

Informationszentrum Mobilfunk e.V.
Hegelplatz 1 | D-10117 Berlin
Fon: +49(0)30/209 16 98 -0
Fax: +49(0)30/209 16 98-11
E-Mail: info@izmf.de
Hotline: 0180/330 31 31 (9 Cent/Min.)
Internet: www.izmf.de

Das Informationszentrum Mobilfunk ist Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger, Medien sowie öffentliche und private Einrichtungen zum Thema Mobilfunk. Es ist ein eingetragener, gemeinnütziger Verein, der von den Mobilfunknetzbetreibern E-Plus, Mobilcom, O2, Quam, T-Mobile, Vodafone D2 und dem Bündelfunknetzbetreiber Dolphin Telecom getragen wird.

 **INFORMATIONSZENTRUM
MOBILFUNK**